



Orient Okzident Gesellschaft



Presseerklärung

der Organisatoren der Iran-Konferenz in Hamburg

In den letzten Tagen haben einige kleine - aber laute - Gruppen, zionistische und iranische Exilanten, die bevorstehende Iran-Konferenz in Hamburg z. T. massiv kritisiert. Unter diesen Gruppen gibt es auch solche, die vom Verfassungsschutz als extremistisch eingestuft werden.

Das Hotel Atlantic-Kempinski hat sich wegen der angespannten Sicherheitslage vor dem Gebäude durch eine angemeldete Gegendemonstration veranlasst gesehen, die Veranstaltung abzusagen. Die Veranstalter werden noch im Laufe der nächsten Stunden einen anderen Veranstaltungsort finden und bekannt geben. Die Veranstaltung, für die sich mehr Gäste angemeldet hatten als zunächst Plätze eingeplant waren, findet auf jeden Fall statt. Die jüngsten Ereignisse bestärken die Veranstalter in ihrem Bemühen, in einem internationalen Klima der Bedrohung des Iran mit militärischen Schritten und Sanktionen, die auch vom israelischen Präsidenten vor dem Bundestag gefordert wurde, auf möglichst offenen Meinungs austausch und vollständige Information der interessierten Öffentlichkeit zu setzen.

Insofern öffentlich unwahre Behauptungen gegen Referenten des Kongresses aufgestellt wurden, werden Gegendarstellungen eingefordert sowie Schadensersatz geltend gemacht.

Die Konferenz hat gerade auch im Zuge weiterer Bemühungen verschiedener Nato-Länder, darunter Deutschland, um Verschärfung des Sanktionsregimes gegen die islamische Republik Iran größeres Interesse am Gespräch geweckt.

Hier in Deutschland gelten Rechtsgrundsätze, die allen Bürgern Freiheiten und Rechte garantieren, und diese werden durch die Staatsgewalt geschützt. Eine genehmigte Demonstration wird notfalls durch Polizeigewalt vor Attacken ihrer Gegner geschützt. Wir erblicken in einem bestimmten Teil der Attacken gegen die Konferenz den Versuch, den Prozess demokratischer Meinungsbildung abzuwürgen und durch Propaganda zu ersetzen, die vor allem durch schwache Faktenlage, unhaltbare Vorwürfe und bestimmte radikale politische Positionen einzelner Exilantengruppen auffällt. Gerade Deutschland hat in seiner Geschichte mit der Behinderung und schließlich Unterdrückung demokratischer Meinungsvielfalt und -äußerung verheerende Erfahrungen machen müssen. Diese totalitären Bestrebungen dürfen keine weitere politische Chance erhalten!

Radikal-zionistische Schlägergruppen wie die „Antideutschen“ und iranische Exilantengruppen, die sich mit terroristischen Vereinigungen wie Volksmodjahedin verbünden, dürfen keinerlei Einfluss bekommen!

In Berlin haben sie am 27. Dezember 2009 eine religiöse Trauerzeremonie in einer Moschee überfallen, dabei drei Teilnehmerinnen verletzt, von denen zwei im Krankenhaus behandelt werden mussten. Diese Gruppen benutzen nachrichtendienstliche Methoden, observieren ihre politischen Gegner, veröffentlichen deren Bilder in Form eines Steckbriefes und begehen Rufschädigung. Diffamieren und Verleumden ist bei ihnen ein normaler Umgang mit politisch Andersdenkenden. Sie sind genau so fanatisch wie ihre Kameraden von „Stop the Bomb“ und noch aggressiver und primitiver als ihre zionistische Mitstreiter, u. a. wie der Medienkrieger Henryk M. Broder. Sie sind eine Gefahr für das friedliche Zusammenleben und für den Rechtsstaat, nutzen aber die im Grundgesetz fundierten Freiheiten aus, um jegliche Meinungsäußerung die ihnen missfällt mit allen Mitteln zu unterbinden.

Man mag über die erste Republik der iranischen Geschichte, die im Gegenteil zur Bundesrepublik aus eigener Dynamik der Bevölkerung und nach über 100 jährigem Kampf gegen die Diktatur entstanden ist, verschiedener Meinung sein. Aber diese Meinungsverschiedenheiten sollen die Chance auf offenen, friedlichen und toleranten Austausch erhalten - und auch dann behalten dürfen, wenn das manchen nicht passt, die offenbar Gewalt vorziehen. Polizei, Staats- und Verfassungsschutz sind aufgefordert, sich dieser Bedrohungen für die innere Sicherheit und Demokratie in Deutschland anzunehmen.

Für das laufende Jahr planen wir weitere Konferenzen zu Afghanistan und Palästina. Falls die internationale Medien-Aggression gegen den Iran weitere noch gefährlichere Entwicklungen annimmt, werden zudem weitere Veranstaltungen zum Thema Iran als einzige Möglichkeit eines unzensierten Meinungsaustausches kurzfristig organisiert werden. Denn Deutschland ist gegenwärtig in aller Welt bei militärischen Abenteuern im Einsatz. Und diese Entwicklung ist sicherlich für das deutsche Volk genau so bedauerlich wie der fremdbestimmte Einsatz der Protestler zu Gunsten der seit Jahrzehnten bekannten, langfristigen US-Interessen im Iran für das iranische Volk.

Berlin-München, den 9. Februar 2010



Christoph R. Hörstel
Managing Director
Hörstel Networks

Oslostr. 5
81829 München
md@hoerstel.ch
Fax: 089-23241435



Bahman Berenjian
Geschäftsführung
Orient-Okzident-Gesellschaft mbH

Hausstockweg 30
12107 Berlin
info@oog-berlin.de
Fax: 030-70174803